

Änderungsantrag zum SPD-Antrag (TOP 11.6.)

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Gedenkstätte für die Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, Vorschläge für eine angemessene und würdige Gedenkstätte für alle unter nationalsozialistischer Gewaltherrschaft ermordeten Menschen, gleich welcher Herkunft, welcher Rasse, welcher Religion, welcher politischen oder weltanschaulichen Überzeugung, welcher sexuellen Orientierung und welcher ethnischen Zugehörigkeit, zu erarbeiten.

Ziel ist, dass diese dann im politischen und vorpolitischen Raum von einem möglichst breiten Kreis der Bevölkerung getragen werden.

Begründung:

Die gegenwärtige Gedenktafel im Rathaus-Innenhof war ein richtiger erster Schritt, die Opfer des NS-Terrors angemessen zu würdigen. Allerdings kann der Standort zunächst nur als provisorisch angesehen werden. Ein großer Teil der Bevölkerung wird diese Gedenktafel, die eher ein Schattendasein fristet, kaum wahrgenommen haben. Eine angemessene Gedenkstätte an einem besser gelegenen Ort, der alle Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft umfasst, ohne einzelne Gruppen hervorzuheben, ist anzustreben.


Reinhard Ruge
und Fraktion